



Interviews

19. August 2024

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Michael Roth

Interview mit Michael Roth, SPD, VS Auswärtiger Ausschuss, zu: Ukraine und Gaza

Schmidt-Mattern: Und auch in der Ampelkoalition ist die Stimmung alles andere als gut in diesen Tagen. Die Koalition hatte sich gerade erst am Freitag auf einen Haushaltskompromiss geeinigt für das kommende Jahr, da bahnt sich nun schon wieder neuer Ärger an, diesmal ausgerechnet über die Ukrainehilfen. Bestehende Zusagen, die Deutschland gegenüber Kiew gemacht hat, die sollen zwar eingehalten werden, aber weitere Summen, künftige Summen, mit denen die Ukraine Waffen kaufen kann, die sollen offenbar nicht mehr aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Am Telefon begrüße ich jetzt Michael Roth, Sozialdemokrat, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag. Schönen guten Morgen, Herr Roth.

Roth: Guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern, aus Bad-Hersfeld.

Schmidt-Mattern. Wir haben die Schilderungen von Frank Capellan eben schon gehört. Das Zitat von Grünen-Co-Chef Nouripour, der die Ampelkoalition nur noch für ein Auslaufmodell hält, für eine Übergangsregierung. Aus Ihrer Sicht, ist die Ampel noch zu retten?

Roth: So einfach können wir uns das nicht machen. Wir sprechen ja derzeit und vielleicht auch gleich jetzt, Frau Schmidt-Mattern, über die Fragen von Krieg und Frieden in Europa. Da müssen sich alle verdammt noch mal zusammenreißen.

Schmidt-Mattern. Auch Herr Nouripour?

Roth: Ja. Wir haben diese Regierung. Und diese Regierung wird bis Ende der Legislaturperiode, also bis Herbst nächsten Jahres, ihre Arbeit zu machen haben. Und da erwarte ich von führenden Repräsentantinnen und Repräsentanten der Koalition –

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

und das gilt für alle Parteien –, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden. Und das heißt führen, das heißt konkrete Vorschläge machen, die sinnvoll sind und das heißt auch gegenüber unseren Partnern in der Welt signalisieren, wir sind an Bord, wir stellen uns diesen schwierigen Bewährungsproben, wir regieren und wir streiten nicht nur permanent.

Schmidt-Mattern. Sie fordern also mehr Führung. Das ist eine Botschaft, eine Aufforderung direkt an den Bundeskanzler?

Roth: Na ja, also, als ich das über das Wochenende las, dass die Ukraine nicht das von der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestellt bekommt, was sie braucht, um ihren Freiheitskampf entschlossen weiterzuführen, habe ich natürlich auch erst mal geschluckt. Das ist das falsche Signal zur falschen Zeit. Der Bundeskanzler kommt heute aus dem Urlaub zurück, aus dem verdienten Urlaub. Und ich hoffe, dass das abgeräumt wird, dass wir ein klares Signal setzen – wir stehen weiterhin in Europa an der Spitze in der Unterstützung der Ukraine, weil es nicht nur ein regionaler Konflikt ist, sondern es geht um einen europäischen Konflikt. Es geht um die Zukunft der europäischen Friedensordnung. Wir müssen den russischen Imperialismus stoppen und da können wir nicht einfach sagen, es gibt da jetzt möglicherweise demnächst einen 50-Milliarden-Kredit, den hat G7 geschmiedet, den finanzieren wir zum Teil aus den Zinserträgen von eingefrorenem russischem Staatsvermögen, sondern da muss klar sein, Deutschland steht zu seiner Verantwortung. Wir können ja auch sonst die anderen, die sich in Europa oft einen schlanken Fuß machen, nicht ermutigen. Unsere Vorbilder sind nicht die Franzosen und die Spanier und die Italiener, also die großen Staaten, die relativ wenig tun, also unter ihren Möglichkeiten. Unsere Vorbilder sind die Dänen oder auch die baltischen Staaten, die als kleine Länder deutlich mehr tun als das, was die großen leisten. Und ich finde, Deutschland muss jetzt auf dem Platz stehen. Deutschland muss jetzt weiterhin an der Seite der Ukraine stehen und muss den anderen in Europa Mut machen. Denn wir machen uns nur abhängig von Washington und das will ich nicht mehr. Ich will nicht, dass wir zittern müssen, wenn ein US-Kongress oder eine US-Präsidentin oder ein US-Präsident, wie auch immer er heißen mag, am Ende entscheidet, wir investieren weniger in Sicherheit, Freiheit und Stabilität in Europa.

Schmidt-Mattern. Herr Roth, unter anderem die FDP argumentiert ja, das Geld wird weiter fließen, nur künftig aus einem anderen Topf, nämlich von den eingefrorenen

russischen Zentralbankvermögen. Das ist das eine Argument. Andere Stimmen sagen, wir haben der Ukraine bereits Milliarden an Euro zur Verfügung gestellt in den letzten Jahren. Jetzt sind vielleicht auch mal andere dran. Also da kann von wenig Hilfe nicht die Rede sein. Ist das nicht auch ein Argument, das man vielleicht berücksichtigen müsste? Oder vertrauen Sie diesen Aussagen nicht?

Roth: Ich habe mich sehr, gemeinsam mit vielen anderen, dafür eingesetzt, dass nicht nur die Zinserträge aus dem eingefrorenen russischen Staatsvermögen genutzt werden, sondern dass das gesamte eingefrorene russische Staatsvermögen in Europa, rund 240 Milliarden Euro, der Ukraine zur Verfügung gestellt wird, damit sie eine Chance hat als demokratisches freies Land zu überleben. Dahinter stehe ich voll und ganz. Und das ist ein wichtiger erster Schritt, das, was die G7 beschlossen hat, also die Zinserträge zu nutzen. Aber das, was wir derzeit besprechen, bedeutet, dass Deutschland nicht das tut, was es angekündigt hat, nämlich weiterhin die Nr. 1 zu sein in Europa. Wir setzen auf ein Finanzierungsinstrument, auf einen Kredit, von dem wir noch gar nicht wissen, ob er überhaupt greift. Ja, ich kann die ganzen Bürgerinnen und Bürger verstehen, die müde sind nach zwei Jahren Krieg. Aber wir haben jetzt zum ersten Mal ein Hoffnungszeichen. Die Ukraine ist militärisch in der Offensive. Das hat viele – im Übrigen auch mich – positiv überrascht. Und deswegen müssen wir jetzt darauf setzen, dass dieser Freiheitskampf unterstützt wird. Und weil ja immer wieder über Waffen gesprochen wird und man den Menschen auch Angst zu machen versucht, die ganzen, Wagenknecht und wie sie alle heißen mögen, es geht ja vor allem auch um Instandsetzung. Es geht darum, dass es repariert wird, das, was wir zur Verfügung gestellt haben.

Schmidt-Mattern. Kommen wir mal auf das angesprochene Bündnis Sahra Wagenknecht zu sprechen. Da kommen ja jetzt zwei Meldungen an diesem Wochenende zusammen. Zum einen schließt Ihre Parteichefin, Saskia Esken, vor den wichtigen Landtagswahlen ein Bündnis mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht in Zukunft nicht aus. Und zugleich haben wir eben diese Meldungen über eine Deckelung der Ukrainehilfe. Ist das alles dem Landtagswahlkampf in Ostdeutschland geschuldet? Beugt sich da der Kanzler dem Druck von Sahra Wagenknecht?

Roth: Also das will ich doch nun wirklich nicht hoffen. Das wäre ja schrecklich.

Schmidt-Mattern. Wirkt doch so. Dass Sie das nicht hoffen, glaube ich, aber es erweckt den Anschein.

Roth: Nein. Also ich verstehe erst mal Saskia Esken anders. Sie hat ein Signal gesetzt. Das ist im Grundsatz ja auch völlig richtig. Über Koalitionen in den Ländern entscheiden die Verantwortlichen in den Ländern und da entscheidet nicht die Bundes-SPD. Die SPD in den ostdeutschen Ländern, in Sachsen und in Thüringen, ringt ums parlamentarische Überleben. Da geht es momentan überhaupt nicht um Koalitionen. Und wenn ich an Sahra Wagenknecht und an ihre russlandfreundliche und chinafreundliche und autoritäre Politik denke, bekomme ich Brechreiz. Also ich könnte mir das ...

Schmidt-Mattern. Würden Sie eine Zusammenarbeit mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht ausschließen auf Landesebene nach den Landtagswahlen?

Roth: Ich bin kein Landespolitiker.

Schmidt-Mattern. Aber Sie haben eine Meinung.

Roth: Ich persönlich als Michael Roth kann mir eine Zusammenarbeit als anständiger, freiheitlicher Sozialdemokrat, der für Europa ist, für ein starkes handlungsfähiges, freiheitliches Europa und für den Freiheitskampf der Ukraine eintritt, ich kann mir eine Koalition mit dieser Truppe überhaupt nicht vorstellen. Das sind Populisten. Das sind schlimme Populisten. Und deswegen kommt das für mich persönlich nicht infrage. Und da bin ich mir auch ziemlich sicher, dass diejenigen, die vor Ort derzeit Wahlkampf führen, auch gegen diese furchtbaren Populisten und Populistinnen, das ähnlich sehen und dass sie das teilen. Ich will jetzt nicht, dass die SPD hier in ein Licht gerät, in das sie einfach nicht gehört. Wir kuscheln nicht mit Populisten und mit Nationalisten.

Schmidt-Mattern. Herr Roth, ein Ausweg könnte ja jetzt sein – und damit hole ich das Wort wieder, nicht aus der Mottenkiste, aber aus der Zauberkiste vielleicht – eine Lockerung der Schuldenbremse. Beginnt diese Diskussion jetzt von vorne, wenn

man einen verfassungskonformen Haushalt einerseits und die Fortsetzung der Ukraine-Hilfen gewährleisten möchte für den Fall – muss man ja immer hinzufügen –, dass die Zentralbankreserven nicht so schnell ausgezahlt werden können?

Roth: Ja. Die Koalition hat sich eingegraben in verschiedene No-Gos. Der Finanzminister besteht auf das Einhalten der Schuldenbremse in Zeiten eines europäischen Krieges, der unsere nationalen Sicherheitsinteressen in starkem Maße berührt. Meine eigene Partei weist zu Recht darauf hin, dass man innere und äußere und soziale Sicherheit nicht gegeneinander ausspielen darf. Wir brauchen Akzeptanz in unserer Gesellschaft. Deswegen wäre meine Anregung, noch einmal darüber nachzudenken, dass wir die Schuldenbremse flexibler gestalten. Aber ich sehe derzeit keine Mehrheit. Ich sehe derzeit nicht den Willen der FDP dazu. Deswegen müssen wir auch jetzt im Haushaltsverfahren des Deutschen Bundestages kreative Lösungen finden, die weiterhin deutlich machen, wir stehen politisch, humanitär, militärisch an der Seite der Ukraine.

Schmidt-Mattern. Kreative Buchführung. Ganz kurze Frage noch zum Schluss, Herr Roth. Sie schieben jetzt den Schwarzen Peter der FDP zu. Können Sie mit Sicherheit ausschließen ...

Roth: Nein, Frau Schmidt-Mattern, das habe ich nicht getan. Ich habe gesagt, die Koalition hat sich eingegraben und jeder besteht auf irgendetwas, was nicht kompatibel ist. Und das passt nicht zu einer solchen Zeit von Krieg, der in Europa herrscht. Unsere Sicherheitsinteressen sind berührt. Das ist eine Ausnahmesituation.

Schmidt-Mattern. Und damit, unsere Zeit ist leider um. Michael Roth, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag. Vielen Dank für Ihre Zeit heute Morgen im Deutschlandfunk.

Roth: Ich danke Ihnen, Frau Schmidt-Mattern.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

